

Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann
Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Mittelsachsen



Jahrgang 7, Ausgabe 3/2010

www.bundestagsdepesche.de

Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leser,
wieder sind zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin vorüber. In der ersten Woche haben wir den Bundeshaushalt für das Jahr 2010 debattiert und verabschiedet. Der Bundeshaushalt wird in der Regel im Herbst des Vorjahres aufgestellt. Durch die Bundestagswahl im September 2009 und der daraus folgenden neuen Zusammensetzung des Bundestages - mit allen logistischen Konsequenzen - musste diese Verantwortlichkeit des Parlamentes auf den Jahresanfang 2010 verschoben werden. Am 18. März 2010 haben wir an den 20. Jahrestag der ersten freien Volkskammer in der DDR erinnert. Schwerpunkte der zweiten Sitzungswoche

waren die Wahl des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 25./26. März 2010 in Brüssel sowie die 1. Lesung zum Änderungsgesetz des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG).

Liebe Leser, in wenigen Tagen werden wir das Osterfest mit dem biblischen Wunder der Auferstehung Christi von dem Toten feiern. Das Osterfest ist der höchste Feiertag im christlichen Kirchenjahr. Ich wünsche Ihnen fröhliche Ostertage!!

Ihre Veronika Bellmann

Freie Volkskammerwahl war ein Sieg der Freiheit

Am Donnerstag, den 18. März 2010, haben wir im Bundestag an den 20. Jahrestag der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR erinnert. Der 18. März 1990 ist für mich bis heute ein Festtag in der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte. Wir sollten das Datum als Auftrag begreifen, in aller Welt stets diejenigen zu unterstützen, die für Freiheit und Demokratie kämpfen. Zum ersten Mal seit der Gründung der DDR konnten die ostdeutschen Bürger vor zwei Jahrzehnten politisch wirklich frei entscheiden. Es ist noch heute beeindruckend, in welchem großen Maß sie von dem neuen Recht Gebrauch machten. 93,4 Prozent der Bürger beteiligten sich an der Wahl. Das Datum markiert das Ende der sozialistischen Unterdrückung in der DDR. Es ist ein Tag des Sieges der Freiheit.

Mit dem Erfolg der von der CDU geführten Allianz für Deutschland war der Weg zur Wiedervereinigung nicht mehr aufzuhalten. Das Wahlergebnis war ein eindeutiges Votum für die Einheit des Landes. Zwei Männern gilt es zu danken. Zu allererst Helmut Kohl. In zwei Wochen feiert unser ehemaliger Bundeskanzler seinen 80. Geburtstag. Er hatte immer an die

deutsche Einheit geglaubt. Als sich durch die friedliche Revolution der Ostdeutschen das Fenster zum Wandel öffnete, agierte er mit Augenmaß und überragendem politischen Geschick - im Inneren wie in seinen Verhandlungen mit den Siegermächten. Er führte die Deutschen zusammen. Die Partner stimmten der Wiedervereinigung zu, weil sie ihm vertrauten. Auch Lothar de Maizière, der

vor kurzem 70 Jahre alt wurde, hat sich um Deutschland verdient gemacht.

Mit seiner frei gewählten Regierung schuf er als DDR-Ministerpräsident die Voraussetzungen für die Einheit. Nicht zuletzt wurden unter seiner Regierung in Ostdeutschland Länder neu gebildet. Die Bürger fanden eine neue Heimat. Es ist im Übrigen kein Zufall, dass die Bürgerbewegung in der DDR, die zur freien Volkskammerwahl führte, unter dem Schutz und aktiver Förderung der Kirchen stattfand. Auch in der Zeit der Unterdrückung hat das christliche Menschenbild in der DDR Orientierung geboten. Dieser Blick in die Vergangenheit zeigt erneut, wie wichtig es ist, über einen solchen Wertekompass zu verfügen.



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Berliner Schwerpunkt 1: Generaldebatte zum Haushalt 2010

Deutschland steht vor einer „Herkulesaufgabe“: In den nächsten Jahren müsse es gelingen, eigentlich Unvereinbares zusammenzubringen, so Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Generaldebatte zum Haushalt 2010: Haushaltskonsolidierung und Wachstum schaffen.

Die hohe Neuverschuldung sei „ohne Alternative“, weil weiter die Krise bekämpft werden müsse. Die Regierungschefin zog eine positive Bilanz der Krisenbekämpfung. Es sei gelungen, den

Finanzsektor insgesamt zu stabilisieren und den Einbruch der Realwirtschaft zu dämpfen. Angesichts der größten Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik schwor die Bundeskanzlerin die Bürger auf härtere Zeiten ein.

„Wir werden schwierige Sparmaßnahmen vor uns haben“, betonte Merkel mit Blick auf das strukturelle Haushaltsdefizit von 66 bis 67 Milliarden Euro in den Jahren 2011 bis 2015. „Das heißt, wir müssen pro Jahr zehn Milliarden Euro abbauen“. Dies sei nur mit einem „harten Sparkurs“ möglich. Um den Aufschwung dabei nicht zu gefährden, arbeite die Bundesregierung an einer „klugen Exit-Strategie“ für den Ausstieg aus den staatlichen Konjunkturprogrammen.

Die christlich-liberale Koalition will Schwerpunkte in den Bereichen Gesundheit, Forschung, Bildung und im Energiesektor setzen. Eine bezahlbare, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung sei die Voraussetzung für einen konkurrenzfähigen Industriestandort, so die Bundeskanzlerin. In diesem Zusammenhang sprach sich die Kanzlerin erneut für die Kernenergie als „Brückentechnologie“ aus. Im Bereich Bildung wolle sich der Bund stärker engagieren und die zusätzlich benötigten 13 Milliarden Euro zu 40 Prozent mittragen.

„Rolle rückwärts“ der SPD in der Sozialpolitik

Die beste Wachstumsstrategie bestehe darin, möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen, sagte Merkel. Denn Arbeit bedeute nicht nur gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung, sie ermögliche auch Lebenserfüllung. Deshalb werde die christlich-liberale Koalition alles daran setzen, um möglichst viele der fünf Millionen ALG II Empfänger in ein qualifiziertes Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln. In diesem Zusammenhang bescheinigte die Kanzle-

rin der SPD eine „Rolle rückwärts“ in der Sozialpolitik. Bis heute hätten es die Sozialdemokraten versäumt, ihren Anhängern zu erklären, dass die Hartz-IV-Reformen für mehr Beschäftigung gesorgt hätten.

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder kündigte in seiner Rede Veränderungen bei den Hinzuverdienstgrenzen von ALG II Empfängern an. Es stelle sich die Frage, wie der Anreiz, sich um eine Arbeit zu bemühen, ver-

größert werden könne. Dabei gehe es nicht einfach nur darum, die Hinzuverdienstgrenzen zu erhöhen. Denn wenn die Grenzen lediglich angehoben werden, würden die Arbeitsverhältnisse danach organisiert. „Ich möchte, dass ein junger

Mensch, der in einer Familie lebt, die Hartz IV bekommt, die Erfahrung machen kann, dass es sich lohnt zu arbeiten“, betonte Kauder.

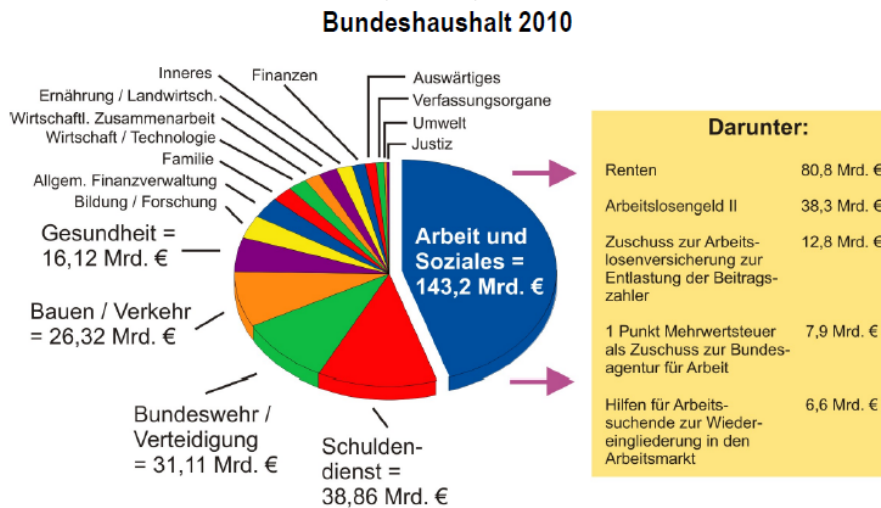
Debatte über deutsche Exportstärke falscher Weg

Die Bundeskanzlerin wies ausdrücklich Kritik von EU-Mitgliedstaaten an der Exportstärke Deutschlands zurück. „Dort, wo wir stark sind, werden wir unsere Stärken nicht aufgeben“, versicherte Merkel. Die Bundesregierung werde weiterhin eine Politik betreiben, die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nach Vorne bringe. Es sei falsch, sich nach demjenigen zu richten, der am langsamsten sei. Darüber eine Diskussion zu führen, halte sie für den falschen Weg.

Keine Alternative zu Sparprogramm Griechenlands

Vor dem Hintergrund der Krise des Euro-Raums plädierte die Regierungschefin dafür, langfristig die Möglichkeit zum Ausschluss eines Landes aus der Euro-Zone zu schaffen. Dies müsse eine Konsequenz aus der Überschuldung Griechenlands sein. Wenn Länder immer wieder gegen die Stabilitätsregeln verstießen und absehbar sei, dass sie diese nicht einhalten könnten, müsse ein Ausschluss als letzte Möglichkeit durchgesetzt werden können.

Zugleich warnte Merkel vor schnellen Finanzhilfen für das überschuldete Griechenland. Hier gehe es darum, langfristig Stabilität zu schaffen. Eine rasche Hilfe sei nicht die richtige Antwort. Denn die dramatische Lage in Griechenland sei nicht durch Spekulanten hervorgerufen worden, sondern durch langjährige Verletzung des Stabili-



täts- und Wachstumspaktes. Deshalb gebe es keine Alternative zu dem griechischen Sparprogramm.

Schuldenbremse

Zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise sei ein „längerer Atem“ nötig, betonte Unionsfraktionschef Kauder. Die Regierungskoalition Sorge mit diesem Haushalt dafür, dass es wieder Wachstum geben könne. „Ohne Wachstum werden wir aus Kurzarbeitern keine Arbeitnehmer machen, die eine Perspektive haben.“ Der Haushalt 2010 stehe noch im Zeichen der Krisenbewältigung: Es werde alles Notwendige getan, damit wieder Wachstum möglich werde. Im nächsten Jahr müssten jedoch aufgrund der Schuldenbremse mindestens 10 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr ausgegeben werden.

Zeitalter der erneuerbaren Energien

Kauder bekräftigte den Einstieg in das „Zeitalter der erneuerbaren Energien“. Das Geld, das von den Menschen zur Förderung erneuerbarer Energien verlangt werde, müsse in einem ausgewogenen Verhältnis zum Ergebnis stehen. Deshalb werde die Solarförderung neu geordnet, sagte der Fraktionsvorsitzende. Dennoch sei unser Land auch in Zukunft auf einen Energiemix angewiesen.

Haushalt 2010: Krisenbewältigung und Konsolidierung

Der Haushalt 2010 ist der erste der christlich-liberalen Koalition. Er ist mit seinem Gesamtvolumen von 319,5 Mrd. € noch geprägt von den Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Vordringliches Ziel ist daher die Krisenbewältigung.

- Die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftszahlen zeigen erste Erfolge unserer Koalition bei der Krisenbewältigung. So ermöglicht die Stabilität auf dem Arbeitsmarkt eine Absenkung des Zuschusses für die Bundesanstalt für Arbeit um 3,2 Mrd. € für 2010. Für eine Entwarnung wäre es jedoch noch zu früh.
- Daher bildet der Etat Arbeit und Soziales mit rund 143 Mrd. € fast die Hälfte des gesamten Bundeshaushaltes. Davon dienen allein 6,6 Mrd. € dazu, ALG II-Bezieher wieder in Arbeit zu bringen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bleiben bei 2,8 Prozent. Das entlastet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eröffnet der Wirtschaft Chancen.
- Der Haushalt sieht insgesamt 28,3 Mrd. € für Investitionen vor. Mit Investitionen in wichtige Bereiche stützen wir nachhaltig die Kräfte zur Überwindung der Krise.

Mit dem aktuellen Haushalt schlagen wir trotz Krise aber auch bereits den Weg für die Konsolidierung des Haushalts in den nächsten Jahren ein – damit Deutschland auch in Zukunft handlungsfähig und wirtschaftlich stark bleibt.

Wir haben die Nettokreditaufnahme für 2010 im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsentwurf um 5,9 Mrd.

Es sei nicht anständig und wahrhaftig, wenn man so tue, als ob man auf absehbare Zeit auf Kohle und Kernenergie verzichten könnte.

Lobbyisten der Finanzbranche die Fesseln anlegen

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Hans-Peter Friedrich, kritisierte in seiner Rede auch die Finanzspekulanten an den Märkten. „Wir werden all denen Fesseln anlegen, die in der Vergangenheit zulasten der Bevölkerung in Europa und in der Welt geast haben“, kritisierte Friedrich. Notfalls schrecke er auch nicht davor zurück, die sogenannten innovativen Produkte, die nur zur Spekulation dienen, zu verbieten.

Stabilität des Euro

Eine zentrale Herausforderung der Regierungspolitik sei die Stabilität des Euro. „Ein schwacher Euro hilft nicht, vor allem führt er nicht zu mehr Wettbewerbsfähigkeit“, sagte Friedrich. Auf Dauer schade eine schwache europäische Währung der Wettbewerbsfähigkeit, da Öl und Rohstoffe teurer würden und eine Spirale der Inflation in Gang gesetzt werde. „Inflation bedeutet Enteignung unser Bürger, und dabei werden wir nicht mitmachen“, betonte er.

€ auf 80,2 Mrd. € gesenkt. Daran erkennt man den ausgeprägten Willen unserer Koalition zur Konsolidierung. Mit der pauschalen Kürzung der Verpflichtungsermächtigungen, also der Ermächtigungen, finanzielle Verpflichtungen über ein Haushaltsjahr hinaus einzugehen, wird es insgesamt leichter, die späteren Haushalte zu gestalten.

Neben der Krisenbewältigung und Schuldenbekämpfung setzen wir für unser Land auch in anderen wichtigen Bereichen Prioritäten:

- Wir wollen Deutschland zur Bildungsrepublik machen. Dafür setzen wir 10,86 Mrd. € ein. Gestärkt haben wir vor allem die Forschungsbereiche Regenerative Medizin und Biomedizin.
- Der Bund steht zu den Kommunen. Daher wurden erstmalig 20 Mio. € zur Förderung kleinerer Städte und Gemeinden zur Verfügung gestellt.
- Wir stehen auch zu den internationalen Verpflichtungen Deutschlands. Daher sind 436,2 Mio. € für unser Engagement in Afghanistan in den Haushalt eingestellt. Auch sind Finanzierungsvereinbarungen vom Weltklimagipfel in Kopenhagen berücksichtigt worden. Vorausschauend haben wir eine haushaltstechnische Vorsorge für die Geberkonferenz für Haiti Ende März getroffen.

Das Fazit des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder: „Wir haben es geschafft, bei angespannter Haushaltslage erste Ansätze der Konsolidierung mit wichtigen Investitionen zur Krisenbewältigung zu verbinden.“

Berliner Schwerpunkt 2: Debatte zur Regierungserklärung zum EU-Gipfel

Solide Haushaltspolitik in Europa ohne Alternative

„Deutschland ist bereit, seinen Beitrag für ein erfolgreiches Europa zu leisten“, betonte unmittelbar vor dem EU-Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs in Brüssel Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag. Die Europäische Union könne die Folgen der Finanzkrise nur gemeinsam bewältigen. „Gemeinsam sind wir stärker“, sagte die Bundeskanzlerin. Die EU habe schmerzlich erlebt, dass Fehler in der Wirtschaftspolitik eines einzelnen Landes zu beträchtlichen ökonomischen Verwerfungen für alle führten, sagte Merkel.

Die Bundeskanzlerin hielt es für falsch, wenn Wachstum gegen Stabilität ausgespielt würde. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die Grundlage für einen starken Euro bildet und die Euro-Länder zu einer strikten Haushaltspolitik zwingt, dürfe nicht aufgeweicht werden. Andernfalls sei dies verhängnisvoll für die Europäische Union, meinte die Bundeskanzlerin. Zur Rückkehr zu soliden Staatsfinanzen gebe es keine Alternative. In Deutschland zwingt die Schuldenbremse im Grundgesetz die Regierung zu einer soliden Haushaltspolitik.

Der EU-Gipfel am 11. Februar habe „klar vereinbart“, nur im absoluten Notfall „entschlossen und koordiniert zu handeln“. Seitdem sei noch „kein Euro und kein Cent für die Unterstützung Griechenlands ausgegeben worden“. Vielmehr habe Griechenland erfolgreich eine Anleihe auf den Märkten platzieren können, sei also nicht zahlungsunfähig geworden, sondern habe „ein ambitioniertes Sparprogramm“ beschlossen.

Wachstumsstrategie „EU 2020“

Die Staats- und Regierungschefs wollen in Brüssel eine neue Wachstumsstrategie „EU 2020“ verabschieden, die von der EU-Kommission vorbereitet wurde. Der Zielkata-

log der neuen Wachstumsstrategie werde gegenüber der Lissabon-Strategie deutlich reduziert, um ihre Umsetzbarkeit zu erhöhen. „Wir übernehmen die Stärken der Lissabon-Strategie und versuchen, gleichzeitig ihre Defizite zu beseitigen“, sagte die Bundeskanzlerin.

Kein Finanzausgleich unter den Euro-Ländern

Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sicherte der Bundesregierung Unterstützung zu bei den Bemühungen, ein Instrument für die Probleme zu schaffen, die man beim Start der Euro-Gemeinschaft noch nicht gesehen habe, um in besonderen Fällen helfen zu können. Mit der Schaffung eines solchen Instruments sei die CDU/CSU-Fraktion prinzipiell einverstanden. Strikt lehnte Kauder jedoch einen Finanzausgleich auf europäischer Ebene ab. „Das wollen wir auf keinen Fall“, sagte der Fraktionsvorsitzende.

Keine gesamtschuldnerische Haftung für griechische Schulden

Europa werde eine gute Zukunft haben, wenn auf europäischer Ebene das geregelt werde, was der einzelne Nationalstaat nicht leisten könne. „Europa ist für die großen Dinge zuständig, alle anderen Dinge bleiben in der Verantwortung der Nationalstaaten“. Dies sei der Maßstab christlich-liberaler Politik, so Kauder.



Merkel sonnt sich im Ruhm (Spiegel Online)

Der Rettungsplan für Griechenland wurde zu ihren Bedingungen geschlossen, und deshalb gibt sich die Kanzlerin entspannt und selbstsicher. Sie sei "sehr zufrieden", diktierte Angela Merkel den Journalisten. Europa habe Handlungsfähigkeit bewiesen. Der Rettungsschirm für Griechenland ist nach Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ein voller Erfolg. Sie sei "sehr zufrieden", sagte Merkel. "Europa hat Handlungsfähigkeit bewiesen und gleichzeitig etwas für die Stabilität des Euros und für die Solidarität mit einem in Schwierigkeiten befindlichen Land getan." Die Euro-Gruppe hatte am späten Donnerstagabend einen Vorschlag Merkels und des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy angenommen, wonach im äußersten Notfall Hilfe vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Euro-Partnern bereitgestellt

werden soll. Der Löwenanteil daran soll aus Europa kommen. Die Zinsen für die Kredite müssen sich dabei am Markt orientieren.

"Für uns ist wichtig, dass unsere gemeinsame Währung, die ja ein solcher Erfolg ist für Frieden und Gemeinsamkeit, auch langfristig stabil bleibt", betonte die Kanzlerin. Deswegen sei der Donnerstag ein wichtiger Tag für den Euro gewesen. Sie sei sicher, dass die Staats- und Regierungschefs der EU auch bei der Vereinbarung einer neuen Wachstumsstrategie "vernünftig vorankommen".

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy unterstützte die Initiative Merkels. Er konnte sich im Gegenzug aber nicht mit seiner Idee einer europäischen Wirtschaftsregierung durchsetzen. Die Euro-Gruppe forderte den Rat, also die Vertretung der Staats- und Regierungschefs, auf, "die EU-Wirtschaftsführung zu verbessern."

Die 12. Kalenderwoche im Deutschen Bundestag - ein Auszug

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche den Jahresabrüstungsbericht 2009 vorgestellt, in dem traditionell Bilanz der Abrüstung und Rüstungskontrolle des vergangenen Jahres gezogen wird. Mit dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen **Deutschland muss deutliche Zeichen für eine Welt frei von Atomwaffen setzen** fordern wir die Bundesregierung auf, weiterhin mit großem Engagement für allgemeine und weltweite Abrüstung einzutreten und für dieses Ziel eine neue Dynamik bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen in Gang zu setzen.

In erster Lesung stand das **Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes** an. Mit ihm soll die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Überförderung der Photovoltaik umgesetzt werden. Freiflächenanlagen sollen künftig vor allem auf wirtschaftlichen und militärischen Konversionsflächen entstehen. Nutzungskonkurrenzen mit der Nahrungsproduktion werden damit verhindert.

Der **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen und die Verwendung von Biozidprodukten** soll die bestehende EG-Richtlinie über das Inverkehrbringen von Biozidprodukten ablösen. Er verfolgt das Ziel, die Biozidgesetzgebung den neuesten politischen Entwicklungen anzupassen, Schwächen und Probleme der geltenden Regelungen zu beseitigen sowie Wirkstoff- und Zulassungsverfahren zu vereinfachen und zu harmonisieren. Der Vorschlag wird in seiner jetzigen Ausgestaltung der beschriebenen Zielsetzung nicht vollumfänglich gerecht. Die Koalitionsfraktionen haben mit einem Entschließungsantrag Nach-

Durchbruch bei der Jobcenter-Neuorganisation – Gute Entscheidung für Arbeitsuchende

Nach langen Verhandlungen haben wir am vergangenen Wochenende den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II erreicht: Die interfraktionelle Bund-Länder-Arbeitsgruppe hat ein Ergebnis erarbeitet, das die bisherige erfolgreiche Arbeitsvermittlung aus einer Hand in eine verfassungsgemäße Form überführt. Damit setzen wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts um, das die bisherige Regelung als mit dem Grundgesetz unvereinbar verworfen hatte.

Im Regelfall wirken Bund und Länder in einer gemeinsamen Einrichtung, den Jobcentern, zusammen. Entsprechend der bisherigen Haltung unserer Fraktion und entgegen dem ursprünglichen Wunsch der SPD ist für diese gemeinsamen Einrichtungen nunmehr keine Verkörperung vorgesehen. Die Zuständigkeiten der Geschäfts-

besserungen gefordert.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Menschenrechte weltweit schützen** benennt die zentralen Handlungsfelder bzw. Forderungen der Menschenrechtspolitik der christlich-liberalen Koalition. Diese sind unter anderem die Forderung nach weltweiter Abschaffung von Todesstrafe und Folter, die Bekämpfung von Sklaverei, Ausbeutung und Menschenhandel (Zwangsprostitution), der Schutz von Frauen (Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Ehrenmorde etc.) und Kindern (Kinderarbeit, Kindersoldaten) – besonders in Kriegs- und Krisengebieten sowie die Freiheit vor Diskriminierung. Weiter fordern wir die Durchsetzung der Religionsfreiheit. Dabei stellen wir fest, dass von religiös motivierter Verfolgung Christen besonders betroffen sind. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Haiti eine langfristige Wiederaufbauerspektive geben zielt darauf ab, nach dem schweren Erdbeben das VN-Engagement in Haiti den aktuellen Gegebenheiten anzupassen, um einen Wiederaufbau selbsttragender Sicherheitsstrukturen zu unterstützen und den Übergang zwischen der humanitären Soforthilfe, der Nothilfe, dem Wiederaufbau und nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit lückenlos zu gestalten. Wesentliche Elemente, um beim Wiederaufbau eine tragfähigere Situation als vor dem Erdbeben zu erreichen, sieht der Antrag in der Wiederherstellung der Infrastruktur, der Grundlegung eines funktionierenden Staatswesens, im Ausbau der Katastrophenvorsorge sowie der langfristigen Ernährungsicherung. Mit dem Antrag unterstützen wir die Bundesregierung mit Blick auf die internationale Wiederaufbaukonferenz am 31. März 2010 in New York.

führung und der Trägerversammlung sind klar geregelt. Komplizierte Abstimmungsprozesse werden mit der Neuordnung künftig vermieden.

Auch für die Optionskommunen haben wir eine Einigung erzielt. Für ihren Erhalt hatte die Union sich immer stark gemacht. Jetzt werden die 69 bestehenden Optionskommunen entfristet. Zusätzlich können weitere 41 Gemeinden oder Gemeindeverbände die Zulassung für die Option erhalten. Die notwendige GG-Änderung beschränkt sich in einem neuen Artikel 91 e GG auf die wesentlichen Aussagen zur verfassungsmäßigen Absicherung der Mischverwaltung in gemeinsamen Einrichtungen und der Möglichkeit der eigenverantwortlichen Aufgabenwahrnehmung im Ausnahmmodell der Option.

Insgesamt können wir bei diesem Ergebnis feststellen: Unser Widerstand in der letzten Legislaturperiode gegen die zentralistischen Vorstellungen der SPD hat sich gelohnt.



Veronika Bellmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
EU-Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Paul Löbe Haus, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 77620

✉ (030) 227 – 76602

veronika.bellmann@bundestag.de

www.veronika-bellmann.de

PRESSEMITTEILUNG

Stiftungspreis 2010 - Die seniorenfreundlichste Stadt

CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann ruft zur Teilnahme am Stiftungspreis 2010 auf [...]

Koalition ringt weiter um Solarstromförderung

Zum geplatzen dritten Kompromiss zur Absenkung der Solarstromförderung erklärt die Bundestagsabgeordnete für Mittelsachsen, Veronika Bellmann (CDU): [...]

Fastfood ist nicht günstiger als Schulessen

Zu den jüngst in der Öffentlichkeit aufgetauchten Behauptungen, Schulkantinen würden tatsächlich genötigt, teures Essen anzubieten, weil sie mehr Umsatzsteuer zahlen müssen als die Currywurstbude an der Ecke oder der Burgerbrater, erklärt die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann: [...]

Mittelsächsische Wissenschaftler bei Innovationsinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erfolgreich

Wissenschaftler der Bergakademie Freiberg waren erneut im Rahmen der Innovationsinitiative für die Neuen Länder „Unternehmen Region“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) erfolgreich. [...]

Staatsregierung unterstützt Veronika Bellmann bei Ortsumgebung Freiberg

Bundesministerium stellt Klarheit in Sachen Verkehrsentwicklung her [...]

Bellmann: Wir stärken die Innovationsregion Ostdeutschland

Mittelsachsen profitiert von Zentralem Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie [...]

Bellmann befragt Bundesregierung zu Postfilialschließungen in Mittelsachsen

Anlässlich der Schließung von Postfilialen im Landkreis Mittelsachsen hat sich die CDU-Wahlkreisabgeordnete Veronika Bellmann mit einem Fragenkatalog an die Bundesregierung gewandt: [...]

Die vollständigen Pressemitteilungen finden Sie unter
www.veronika-bellmann.net/pressemitteilungen

Der Bundespräsident als Populist (Welt am Sonntag 21. März 2010)

Einhundert Tage Schonfrist und noch einmal fünfundvierzig Tage ließ Bundespräsident Horst Köhler die christlich-liberale Regierung gewähren. Nun ergreift er in einem "Focus"-Interview das Wort und trägt ganz Erstaunliches vor. An der einzigen bislang durchgezogenen Maßnahme, dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit seinen Erleichterungen für Familien und den Mittelstand, stört ihn schon der Name. "Als sei es der Staat, der für immer mehr, immer schnelleres Wachstum sorgen könne. Über eine solche Staatsgläubigkeit wundere ich mich." Aber nur über eine solche, scheint es, denn es folgt ein Vorschlag nach dem anderen, wie der Staat die Zukunft beschleunigen könne. Zuvorderst, indem er den Benzinpreis anhebt (so sagt der Bundespräsident das nicht, er sagt, wir müssen

über einen tendenziell höheren Benzinpreis nachdenken - aber wer wollte annehmen, er rief die OPEC zur Preistreiberei auf?). "Sozialer Ausgleich dafür ließe sich mit staatlichen Mitteln organisieren." Sehr schön. Wir haben das Geld ja, wo wir schon die Gesundheitsprämie sozial ausgleichen wollen. Obwohl der Staat nach Auffassung des Bundesprä-



sidenten Geld noch für anderes benötigt: "Wir brauchen auch Geld, um neue, dynamische Kräfte zu wecken." Dafür "können auch Steuererhöhungen nötig sein". "In jedem Fall", so der Bundespräsident weiter, "müssen wir sicherstellen, dass wir das notwendige Geld für eine große Anstrengung für Bildung haben." Wirklich? Seit dreißig Jahren hat der Staat insgesamt mehr als eine Billion Euro in die Bildung gesteckt, und das Ergebnis ist der letzte Platz bei Pisa. Man könnte denken, es sei eine Betriebsprüfung nötig, bevor noch mehr Geld in dieses Fass ohne Boden gesteckt wird. Aber ein Anstrengungsbeschleunigungsgesetz, das so vermutlich nicht heißen darf, würde Horst Köhler wohl unterzeichnen, sofern der Staat genug Geld in die Hände bekommt, um Art und Inhalt der Dynamik selber zu steuern.

Denn der eigentliche Feind ist "das große Geld". "Wir werden eine Ordnung der Freiheit nur bewahren können,

wenn der Staat den Kampf gegen das große Geld aufnimmt - und gewinnt." Über eine solche Staatsgläubigkeit wundert man sich. Es waren deutsche Staatsbanken, die sich in der Amtszeit des Bundespräsidenten Horst Köhler auf dem amerikanischen Finanz- und Immobilienmarkt verzockt haben. Es war der griechische Staat, der im Zusammenspiel mit einer Investment-Firma die Bilanz friert, bis der Euro in Gefahr geriet. Die privaten deutschen Großbanken waren weitaus vorsichtiger. Aber, so sagt der Bundespräsident: "Die Regeln dürfen nicht diejenigen setzen, die so viel Geld haben, dass sie meinen, sich alles kaufen zu können. Die Welt darf nicht vom Geld regiert werden." Das sagt er jetzt, und er sagt es so undifferenziert, dass der Finanzplatz Frankfurt sich mitgeschol-

ten fühlen darf. Horst Köhler hätte so etwas den staatlichen Landesbanken sagen mögen, als es noch Zeit war. Nun aber wirkt er wie einer jener pessimistischen Warner, die sich schon vor Urzeiten dem "rohen Geldkultus" als "schlechtem nordamerikanischem Zug" mit Sätzen entgegenstellten wie: "Der eigentliche Daseinskampf des modernen Men-

schen ist der nicht materielle, sondern sittliche Kampf gegen das Geld: Er soll es sich, aber nicht sich ihm unterjochen; der moderne Siegfried - der wiedergeborene Deutsche - soll diesen gleißenden Drachen töten." Was ihm nicht gelang, zum Glück nicht, denn frei verfügbares großes Geld hat den Menschen aus Unmündigkeit und Feudalismus befreit.

Zockern in den Arm zu fallen - wenn der Bundespräsident sich darauf beschränkt hätte, man hätte ihm zugestimmt. Aber so - einen hohen Benzinpreis fordern, höhere Steuern, mehr Steuerungsmacht für den Staat, und ohne jede Selbstkritik die Banken in Bausch und Bogen verächtlich und für alles verantwortlich machen: Nein, so nicht. Dieses Interview, diese erste Wortmeldung des obersten Repräsentanten aller Deutschen nach langem Schweigen, ist ein Skandal. Diese Wortmeldung des obersten Repräsentanten aller Deutschen ist ein Skandal.

Kurz notiert

Deutscher Arbeitsmarkt weiterhin stabil

Trotz der weltweit schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg ist in Deutschland kein signifikanter Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Wie keinem anderen Industrieland ist es der Bundesrepublik gelungen, ein Durchschlagen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu vermeiden. Diese Entwicklung setzt sich fort: Auch für das laufende Jahr rechnen die Experten nur mit einem moderaten Anstieg der Erwerbslosenzahlen um 120.000 auf etwa 3,5 Millionen im Jahresmittel. Für 2011 wird von einem Ende des Beschäftigungsabbaus ausgegangen. Allerdings dürfte bei geringem Wirtschaftswachstum auch der Abbau der Arbeitslosigkeit nicht merklich vorankommen.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Exportrückgang schwächt sich ab

Der starke Einbruch der deutschen Ausfuhren hat sich im letzten Quartal 2009 deutlich abgeschwächt. Während für das Gesamtjahr ein Rückgang von 17,9 Prozent (auf 808 Milliarden Euro) verzeichnet wurde, fiel der Rückgang im vierten Quartal mit nur 6,4 Prozent deutlich geringer aus. Noch deutlicher wird dieser Trend bei Betrachtung der preisbereinigten Zahlen: Demnach sind die deutschen Ausfuhren über das Gesamtjahr 2009 gerechnet um 16,4 Prozent, im letzten Quartal lediglich um 2,7 Prozent gesunken. Der trotzdem zu verzeichnende Rückgang des Exports im vierten Quartal ist vor allem bei den Ausfuhren in die EU-Mitgliedsstaaten zu verzeichnen (-7,7% auf 132,1 Milliarden Euro), während die Exporte in Nicht-EU-Staaten nur um 4,3% auf 84,6 Milliarden Euro sanken. Wie im Vorjahr waren Frankreich, Italien und die Niederlande die drei wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU. Der größte Rückgang entfiel dabei auf die Exporte in die Niederlande (-14,0%).

Die wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU waren die Vereinigten Staaten, wohin allerdings im Vergleich zum Vorjahresquartal 13,8% weniger exportiert wurde (auf 14,6 Milliarden Euro). Die Exporte nach China, dem zweitgrößten Handelspartner aus den Drittstaaten, stiegen um 20,1% auf 10,4 Milliarden Euro.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Schulbücher vermitteln einseitiges Bild von wirtschaftlichen Themen

Ökonomische Bildung wird in unseren Schulen nur unzureichend und teilweise einseitig vermittelt. Das ergab eine Untersuchung von 43 Schulbüchern der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Ausgewählt wurden gesellschaftswissenschaftliche Fächer wie Erdkunde, Geschichte und Politik. Einige Schlüsselbegriffe tauchen gar

nicht auf, andere wie „Soziale Marktwirtschaft“, „Markt“ oder „Wettbewerb“ werden nur gestreift, aber nicht umfassend erklärt und vermittelt. Auch die Bedeutung von Unternehmern für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bleibt unterbelichtet. Zudem werden dominierende Themen wie Globalisierung oder Strukturwandel oft ausschließlich negativ dargestellt.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Anteil der unbefristeten Vollzeitjobs konstant

Die Quote der unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse an der Gesamtzahl der Beschäftigungsverhältnisse ist über die letzten zehn Jahre konstant geblieben. Genau wie vor zehn Jahren haben heute vier von zehn Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland einen unbefristeten Vollzeitjob. Dagegen hat der Anteil der unbefristeten Teilzeitstellen auf heute zehn Prozent stark zugenommen. Deutliche Zuwächse gab es auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Gleichzeitig ist der Anteil der Nichterwerbstätigen zurückgegangen. Das bedeutet, dass per Saldo vor allem diejenigen von der Ausweitung der geringfügigen und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse profitiert haben, die vorher keiner bezahlten Beschäftigung nachgegangen sind.

Dagegen gibt es keine Hinweise auf eine Umwandlung unbefristeter Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse in geringfügige oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Termine

- 29.03. Bürgersprechstunde in Freiberg
- 30.03. Kommunaltag und Bürgersprechstunde in Döbeln
- 30.03. Mitgliederversammlung des RBV Erzgebirge in Großolbersdorf
- 31.03. Kommunaltag und Bürgersprechstunde in Mittweida
- 12.04. Treffen mit AW Senioren- u. Krankenpflege in BED
- 12.04. Kommunaltag und Bürgersprechstunde in Freiberg
- 14.04. Kommunaltag und Bürgersprechstunde in Mittweida
- 15.04. Bundeswehr Rückkehrappell in Leipzig
- 16.04. Beratung zur Schulentwicklung in Sayda
- 18.04. Benefizveranstaltung „Soldaten helfen Kindern“ in Berlin
- 19.-23.04. Sitzungswoche Deutscher Bundestag in Berlin

Kontakt

Berlin

Platz der Republik 14, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 77607
Fax: (030) 227 76602
veronika.bellmann@bundestag.de

Freiberg

Erbische Str. 5, 09599 Freiberg
Tel.: 03731 212967
Fax: 03731 459446
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

Döbeln

Zwingerstraße 2a, 09420 Döbeln
Tel.: 03731 212967
Fax: 03731 459446
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

www.veronika-bellmann.de

Redaktion der Bundestagsdepesche:
Veronika Bellmann
Markus Jaeger

www.bundestagsdepesche.de